

**Kurt Beck  
Garrelt Duin  
Sigmar Gabriel  
Hubertus Heil  
Heiko Maas  
Andrea Nahles  
Peer Steinbrück  
Ludwig Stiegler  
Brigitte Zypries**

# **Neue Werte schaffen!**

**Impulspapier zur Konferenz**

**„Perspektiven sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik“  
am 27. November 2006 in Berlin**

# Inhalt

1. **Neue Werte schaffen: Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit und nachhaltiger Wertschöpfung.**
2. **Wir erneuern die Soziale Marktwirtschaft.**
3. **Die wirtschaftspolitischen Herausforderungen und Aufgaben unserer Zeit**
4. **Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik**
  - 4.1 Nachhaltiges Wirtschaftswachstum durch Qualitätswettbewerb
  - 4.2 Vollbeschäftigung heute
  - 4.3 Solide Staatsfinanzen
5. **Handlungsfelder sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik**
  - 5.1 Öffentliche Zukunftsinvestitionen und gute steuerliche Wettbewerbsbedingungen
  - 5.2 Die Märkte der Zukunft erschließen – Qualitatives Wachstum – Energieeffizienz steigern
  - 5.3 Strategische und Ökologische Industriepolitik
  - 5.4 Die Potenziale im Dienstleistungssektor fördern und erschließen
  - 5.5 Wissen und Qualifikation als die Produktivkräfte des 21. Jahrhunderts
  - 5.6 Wirtschaftliche Demokratie und soziale Teilhabe der Arbeitnehmer
  - 5.7 Selbständigkeit und verantwortliches Unternehmertum
  - 5.8 Kapital- und Finanzmärkte: Chancen nutzen, Risiken kontrollieren
  - 5.10 Internationaler Ordnungsrahmen

## **1. Neue Werte schaffen: Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit und nachhaltiger Wertschöpfung.**

Die soziale Gerechtigkeit ist das Markenzeichen der SPD. Eine Politik für soziale Gerechtigkeit sehen wir jedoch nicht im Widerspruch zu einer Politik, die für einen möglichst hohen Wohlstand sorgt. Darum verstehen wir uns gleichzeitig als die Partei der nachhaltigen Wertschöpfung. Wir wollen die produktiven Kräfte mobilisieren, um einen möglichst hohen Wohlstand für alle zu erreichen. Dies setzt eine gestaltende Politik voraus. Eine erneuerte Soziale Marktwirtschaft, die die Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum verbessert und ein vorsorgender Sozialstaat, der den Menschen Chancen und soziale Sicherheit bietet, sind daher zwei Seiten derselben Medaille.

## **2. Wir erneuern die Soziale Marktwirtschaft.**

Wir stehen für eine Soziale Marktwirtschaft, in der Markt und Staat zusammenwirken, um innovativen Wettbewerb, Wohlstand für alle und Gemeinwohl miteinander zu verbinden. Mit der Sozialen Marktwirtschaft bringen wir die Dynamik des Marktes mit der sozialen Verpflichtung des Eigentums zum Ausgleich. Sie macht aus der Mitbeteiligung und Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Produktivkraft. Sie stärkt und erhält den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördert den sozialen Frieden. Entsprechend unseren Grundwerten setzt sie auf Freiheit und die damit verbundene wirtschaftliche Dynamik. Sie erkennt die Effizienz und Rationalität des Marktes an. Gleichzeitig verwirklicht sie Gerechtigkeit in der Verteilung der Ergebnisse nach Leistung und Bedarf. Sie sichert den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch die staatlich und tariflich gesicherte Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren.

Auch Dank der praktischen Politik der SPD in Bund und Ländern sowie der Gewerkschaften wurde die Soziale Marktwirtschaft zum ordnungspolitischen Erfolgsmodell der Bundesrepublik Deutschland. Sie hat unserem Land sozialen Frieden, wirtschaftliche Stärke und erheblichen Wohlstand gebracht und sie hat es nach 1990 vermocht, den ökonomischen Aufbau der neuen Länder unter enormen Anstrengungen voranzubringen.

Wir verteidigen die Idee der Sozialen Marktwirtschaft gegen die Vorstellungen liberaler oder autoritärer Marktwirtschaften. Dass einige Varianten des europäischen Sozialmodells in der Lage sind, wirtschaftliche Dynamik, hohe Beschäftigung und soziale Sicherheit zu verbinden, zeigen die Entwicklungen z.B. in den skandinavischen Ländern.

Aber wir wissen auch: Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft erneuern, wenn wir sie erhalten wollen. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik setzt nicht auf die Konservierung bestehender Strukturen, die den veränderten Bedingungen nicht mehr gerecht werden. Sie setzt jedoch auch nicht auf den Bruch mit der Sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen unseren Pfad nicht verlassen, aber wir können von unseren erfolgreichen Nachbarn lernen. Im Sinne dieses Erneuerungsprozesses ist das Primat der Politik zu wahren. Nur auf diese Weise wird Wirtschaftswachstum effizient, gleichzeitig aber für alle Bevölkerungsschichten sozial gerecht gestaltet. Die SPD ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft – in Deutschland und Europa.

### **3. Die wirtschaftspolitischen Herausforderungen und Aufgaben unserer Zeit**

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht die Soziale Marktwirtschaft vor fundamentalen Herausforderungen. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik haben sich gewandelt:

- Die technologische Entwicklung ist rasant. Sie verändert Innovationszyklen, Wertschöpfungsketten und Unternehmensstrukturen über den ganzen Globus hinweg.
- Die Konkurrenz auf den internationalen Märkten hat zugenommen und die Handlungsfähigkeit nationalstaatlichen Handelns geschwächt. Die Finanzmärkte spielen eine wachsende Rolle im globalen Wirtschaftsgeschehen.
- Wir erleben gegenwärtig einen Wachstums- und Industrialisierungsschub der Weltwirtschaft. In den kommenden zwei Jahrzehnten wird sich die Globalisierung weiter beschleunigen. Das Weltbruttosozialprodukt wird sich innerhalb der kommenden 25 Jahre annähernd verdoppeln. Der größte Teil des Wachstums wird dabei in den aufstrebenden Märkten Asiens, vor allem Indiens, Chinas und Indonesiens generiert.
- Damit verbunden ist eine zunehmende Urbanisierung, eine Zunahme der Verkehrsleistungen und der Rohstoff- und Energienachfrage. Schon heute ist klar, dass dieser globale Wachstumsschub auf der Grundlage des bisherigen wirtschaftlichen Entwicklungsmodells auch die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit unseres Planeten sprengt. Die volkswirtschaftlichen und die sozialen Kosten würden die erhofften Wachstumsgewinne weit übersteigen.
- In unserer Volkswirtschaft wiederum hat die unzureichende Wachstumsdynamik der vergangenen Jahrzehnte eine anhaltend hohe Erwerbslosigkeit zur Folge. Die deutsche Wirtschaft zeichnet sich auf der einen Seite durch eine hohe Leistungskraft im Export aus. Auf der anderen Seite ist die Investitionsneigung der Unternehmen gering und die private Nachfrage schwach. Hohe Beschäftigungspotenziale vor allem im Dienstleistungsbereich bleiben so unerschlossen. Der Transmissionsriemen zwischen Export- und Binnenwirtschaft funktioniert nicht mehr hinreichend.
- Die steigende Staatsverschuldung, nicht zuletzt durch die notwendigen Kosten der Deutschen Einheit, hat die politischen Gestaltungsspielräume eingeengt.
- In den kommenden Jahrzehnten wird die demografische Entwicklung erhebliche Auswirkungen auf Innovationsfähigkeit, Märkte, Arbeitswelt und die soziale Sicherung haben.

Gelingt es uns nicht, die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern, wird auch der ihr zugrunde liegende gesellschaftliche Konsens auf die Probe gestellt. Sicherheit und Aufstieg durch Leistung und nicht durch Privilegien, Vermögen und soziale Herkunft war von Anfang an Credo der Arbeiterbewegung, über Jahrzehnte auch das Prinzip der Bundesrepublik und immer ein Kernversprechen der Sozialen Marktwirtschaft. Heute droht dieses Leitbild „Leistung gegen Teilhabe“ unglauwbüdig zu werden. Der Leistungsgedanke gerät ernsthaft in Gefahr, wenn Menschen nicht die Chance bekommen, Leistung z.B. durch Erwerbsarbeit zu erbringen und wenn diese Leistung nicht mehr in einem gerechten Verhältnis zur Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand steht.

#### **4. Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik**

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik folgt den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir wollen die gerechte Teilhabe aller an einem möglichst hohen Wohlstand, die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit zu erwirtschaften und die nachhaltige Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Diese Ziele setzen ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft voraus.

##### **4.1 Nachhaltiges Wirtschaftswachstum durch Qualitätswettbewerb**

Wir sehen die Chancen der Globalisierung und stellen uns dem Wettbewerb. Weil wir in den meisten Märkten nicht im Kosten- sondern nur im Qualitätswettbewerb bestehen können, müssen wir den weltweiten Spezialisierungs-, Qualitäts- und Innovationswettbewerb annehmen. Wir brauchen eine andere Standortdebatte in Deutschland, die nicht einseitig auf vermeintliche Starrheiten des Arbeitsmarktes, auf Kosten und Steuern ausgerichtet ist, sondern die Bedingungen für einen Qualitätswettbewerb in den Mittelpunkt stellt. Den wirtschaftspolitischen Defensivstrategien – von der tariffreien Zone bis zur pauschalen Arbeitszeitverlängerung – müssen wir eine offensive Strategie des Qualitätswettbewerb entgegenstellen. Innovation ist der Schlüssel zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung in einem Hochlohnland wie Deutschland. Nur so kann Deutschland im internationalen Wettbewerb bestehen. Wir setzen auf bessere Produkte und Dienstleistungen – nicht auf billigere Löhne. Und wir setzen auf langfristiges Wachstum – nicht auf kurzfristigen Profit. Das ist für uns eine „Angebotspolitik von links“.

Nur wenn Unternehmen davon ausgehen können, dass ihnen lang anhaltende konjunkturelle Krisen erspart bleiben, werden sie das Wagnis eingehen, neue Ideen auch in tatsächliche Produkte und Produktionsanlagen umzusetzen. Auch Konsumenten brauchen Planungssicherheit. Aus der Erfahrung der Vergangenheit wissen wir, dass Marktwirtschaften aus sich selbst heraus konjunkturelle Krisen nicht immer ausreichend schnell überwinden. Deshalb muss mit Mitteln der Finanz- und Geldpolitik in Deutschland und Europa ein Beitrag zur Stabilisierung der Konjunkturzyklen und für einen stabilen und möglichst hohen Wachstumspfad geleistet werden. Eine hohe Binnennachfrage ist zudem die Voraussetzung, um die Beschäftigungspotenziale in den nicht „globalisierten“ Wirtschaftsbereichen zur Entfaltung zu bringen. Wir setzen uns ein für eine an der Produktivität orientierte Lohnsteigerung und eine vorrangig tarifvertragliche Mindestentlohnung im unteren Einkommensbereich.

##### **4.2 Vollbeschäftigung heute**

Die Schaffung neuer und zusätzlicher Arbeitsplätze ist Maßstab erfolgreicher Wirtschaftspolitik. Die Integration aller Menschen in den Arbeitsmarkt ist Ziel sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Unsere Idee von „Vollbeschäftigung“ kann im 21. Jahrhundert nicht mehr den Erhalt eines Arbeitsplatzes, ein Leben lang, für möglichst alle bedeuten. Eine hohe wirtschaftliche Dynamik fordert von den Menschen

Arbeitsplatz- und auch Berufswechsel, vor allem aber ständiges Dazulernen. Die Gleichstellung der Geschlechter und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf führen zu mehr Erwerbsunterbrechungen bei Frauen und Männern. Selbstständige Erwerbsformen werden weiter zunehmen.

Eine Politik, die das Ziel der Vollbeschäftigung verfolgt, bedeutet heute zweierlei: erstens eine hohe Wachstumsdynamik, die zu einem deutlich höheren Angebot an Arbeitsplätzen führt und zweitens eine unterstützende Arbeits-, Bildungs- und Familienpolitik, die es den Menschen ermöglicht, auch die Übergänge in gebrochenen Erwerbsbiographien zu meistern und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Besondere Anstrengungen sind nötig, um die Erwerbsquoten von Frauen, Älteren und Geringqualifizierten zu erhöhen.

### **4.3 Solide Staatsfinanzen**

Haushalts- und Finanzpolitik ist für uns Gestaltungspolitik. Sie sichert die finanziellen Ressourcen für staatliches Handeln. Solide öffentliche Finanzen sind eine Grundvoraussetzung für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Das gilt ebenso umgekehrt. Solide Staatsfinanzen sind für uns Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen und Ausdruck für Generationengerechtigkeit und -solidarität.

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ist die Verschuldung der öffentlichen Haushalte dramatisch angestiegen. Zugleich muss die Ausgabenstruktur des Staates stärker auf Zukunftsinvestitionen ausgerichtet werden. Die öffentlichen Haushalte sind zudem strukturell unterfinanziert und zugleich in hohem Maße von der konjunkturellen Entwicklung abhängig.

Wir haben in Deutschland eine niedrige Steuerquote, aber gleichzeitig eine hohe Abgabenquote. Wir streben eine stärkere Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme durch Steuern an, um die einseitige Belastung des Faktors Arbeit bei der Finanzierung der sozialen Sicherung zu überwinden.

## **5. Handlungsfelder sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik**

### **5.1 Öffentliche Zukunftsinvestitionen und gute steuerliche Wettbewerbsbedingungen**

Eine innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft braucht deutlich mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur. Notwendig ist eine stetig ansteigende öffentliche Investitionstätigkeit. Da alle gemeinsam den Nutzen aus solchen Investitionen ziehen, müssen sich auch Unternehmen und vermögende Privathaushalte angemessen und zum Teil stärker als bisher an der steuerlichen Finanzierung dieser Aufgaben beteiligen.

Der Staat braucht eine stärker konjunkturunabhängige Einnahmebasis. Solidität auf der Einnahmeseite und Einsparungen auf der Ausgabeseite sorgen für neue finanzielle und damit für größere politische Spielräume für staatliche Aufgaben und die notwendigen Zukunftsinvestitionen. Ein struktureller Umbau der öffentlichen Haushalte von konsumtiven zu investiven, wachstumsfördernden Ausgaben ist deshalb ein wichtiges Ziel sozi-

aldemokratischer Haushalts- und Finanzpolitik. Ausgaben für ein leistungsfähiges Bildungswesen betrachten wir dabei als Zukunftsinvestitionen im besten Sinne des Wortes.

Die Stärkung der Wachstumskräfte bei gleichzeitiger nachhaltiger Konsolidierung der öffentlichen Haushalte werden wir nur bewältigen, wenn wir auch die Steuerpolitik entsprechend ausrichten. Deshalb unterstützen wir die Reform der Unternehmensbesteuerung. Ihre Zielsetzungen entsprechen sozialdemokratischer Steuer- und Wirtschaftspolitik: die langfristige Sicherung der Staatseinnahmen; die Verbesserung der internationalen steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland; die Entlastung jener Unternehmen, die ihre Gewinne in Deutschland versteuern, die in Deutschland investieren und die Belastung jener Unternehmen, die ihre Gewinne ins Ausland verschieben; die größtmögliche steuerliche Gleichbehandlung von Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften und die Sicherung der Investitionskraft der Kommunen, denn auf sie entfallen 60% der öffentlichen Investitionen, von denen wiederum in erster Linie der arbeitsintensive deutsche Mittelstand profitiert. Gleichzeitig werden wir in der EU an einer einheitlichen und gemeinsamen Bemessungsgrundlage bei der Unternehmensbesteuerung arbeiten.

Eine ausgewogene Einkommensverteilung ist nicht nur sozial gerecht, sondern auch Gegenstand ökonomischer Vernunft. Wir sehen es als einen wichtigen Erfolg der SPD an, dass hohe Einkommen einen dreiprozentigen Zuschlag auf die Einkommensteuer bezahlen und so ihren Beitrag dazu leisten, dass wichtige Zukunftsinvestitionen im allgemeinen Interesse finanziert werden können.

Neben der Sicherung der Einnahmehasis bleibt es auch in Zukunft wichtig, den Bundeshaushalt durch gezielte Einsparungen, aber auch und vor allem durch den Abbau ungerechtfertigter Steuervergünstigungen zu entlasten und auch auf diese Weise einen Beitrag zu soliden Staatsfinanzen zu leisten. So können auch Mittel für Zukunftsinvestitionen frei werden.

Zur Belebung der Investitionstätigkeit für die Verkehrsinfrastruktur und den öffentlichen Hochbau müssen wir mit weniger Steuermitteln mehr Investitionen schneller als bisher realisieren. Deshalb streben wir analog zu benachbarten europäischen Industriestaaten eine deutliche Ausweitung des Anteils von Private-Public-Partnerships (PPP) an den öffentlichen Investitionen in der Größenordnung von 15 % an, die zudem qualitativ an der Unterstützung besonders wichtiger Infrastrukturaufgaben ausgerichtet werden.

## ***5.2 Die Märkte der Zukunft erschließen – Qualitatives Wachstum – Energieeffizienz steigern***

Das Markenzeichen „Made in Germany“ steht für gute Produkte, die sich durch hohe Qualität auszeichnen und daher weltweit gefragt sind. Die Zukunft gehört den intelligenten Lösungen, die sich individuellen Bedürfnissen anpassen, leicht anzuwenden sind und den Menschen mehr Lebensqualität und Sicherheit ermöglichen. Gleichzeitig steht unsere Welt vor großen sozialen und ökologischen Herausforderungen, die wir nicht nur, aber auch durch neue Produkte und Dienstleistungen meistern müssen. Darum setzen wir auf ein problemlösendes, d.h. qualitatives, Wachstum. Wir wollen vor allem solche Produkte und Dienstleistungen aktiv fördern, die einen Beitrag zur Bewältigung von zentralen Problemen leisten:

- Zunehmender Ressourcenverbrauch wird zum ökologischen Problem, steigende Rohstoffpreise werden zum ökonomischen Problem. Wir müssen die Produktivität unserer Ressourcen weltweit steigern. Nur so ist die absehbare Wohlstandssteigerung in großen Teilen unserer Welt (China, Indien) in Einklang mit dem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu bringen.
- Wir müssen unsere Energiebasis schrittweise umbauen. Der Ausstieg aus der Atomenergie und die Unabhängigkeit vom Öl erfordert neue Technologien der effizienten Nutzung fossiler Energieträger und vor allem den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien.
- Der Erhalt unserer Gesundheit ist nicht nur Kostenfaktor sondern ein Markt der Zukunft. Mit neuen Technologien können Krankheiten früher erkannt und besser geheilt werden. Neue Dienstleistungen erbringen einen Beitrag zum Erhalt der Gesundheit und der Lebensqualität.
- Unsere Gesellschaft wird älter. Um einem wachsenden Teil Älterer und Hochbetagter das Leben würdig und angenehm zu gestalten, brauchen wir neue Produkte und Dienstleistungen, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Hierzu gehört auch die Bekämpfung altersspezifischer Krankheiten. Dies bedeutet, einen entsprechenden Forschungsschwerpunkt im Bereich der Medizintechnik zu setzen.
- In einer dynamischen Wirtschaft und Gesellschaft steigt das Bedürfnis nach Mobilität. Wir brauchen Lösungen, die Mobilität erleichtern, Verkehrsträger vernetzen und Ressourcen sparen
- Das Bedürfnis nach Kommunikation ist immens. Mobilfunk und Internet haben ganz neue Möglichkeiten der Vernetzung und des Austauschs ermöglicht. Diese Entwicklung wird weiter voranschreiten.

Neue Technologien wie IT, Optik, Nanotechnik, Biotechnik werden vor allem in diesen Zukunftsmärkten Anwendung finden. Wir müssen alles daran setzen, Anschluss an die Entwicklung der Spitzentechnologien zu halten.

Gerade auf dem Gebiet der Umwelt- und Energietechnik können wir große Erfolge mit einer Politik des problemlösenden Wachstums vorweisen. Die Zukunft gehört den „grünen Märkten“. Wir wollen, dass die deutsche Wirtschaft in diese Märkte investiert, um dauerhaft Arbeitsplätze und Zukunft zu sichern. Das ist nicht nur eine wirtschaftliche Aufgabe, das ist zugleich sozial und ökologisch vernünftig.

Zu den grünen Märkten der Zukunft gehören Energie- und Kraftwerkstechnologien, Energieeffizienztechnologien, Recycling- und Abfalltechnologien, Mobilitäts- und Verkehrstechnologien, Wasser- und Abwassertechnologien, umwelttechnisches Engineering, Lifesciences, Nanotechnologie, Ökodesign und Bioplastik. In diesen Leitmärkten wollen wir, dass Deutschland an der Weltspitze steht – technologisch und wirtschaftlich. Deutschland muss die Idee des technischen Fortschritts wiederentdecken. Wir brauchen revolutionäre Technologiesprünge zum Wohle der Menschen. Die ökologische Frage ist damit auch zu einer wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Frage und Aufgabe geworden.

Für uns in Deutschland bedeutet das, dass wir unsere Wirtschaft ökologisch und ökonomisch neu ausrichten müssen. Wir brauchen eine „dritte industrielle Revolution“, in deren Mittelpunkt die Energie- und Ressourceneffizienz und die Verbesserung unserer Lebensqualität und Gesundheit steht.



### **5.3 Strategische und Ökologische Industriepolitik**

Die Industrie ist nach wie vor das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Viele auch qualifizierte Dienstleistungen hängen unmittelbar von der Industrie ab. Immer mehr Industrieprodukte enthalten einen hohen Anteil an Wissen und Dienstleistungen. Deutschland und Europa brauchen auch in Zukunft eine starke Industrie als Basis einer wissensintensiven und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft.

Unsere Industriepolitik setzt nicht auf die Konservierung überholter Strukturen, sondern vorausschauend auf den Ausbau der qualitativen Vorsprünge unseres Wirtschaftsstandortes. Unsere wirtschaftlichen Chancen liegen darin, Problemlösungen für die Zukunft zu entwickeln, die auch einen Markt über unsere Grenzen hinaus finden. Eine strategische Industriepolitik ist somit auch eine ökologische Industriepolitik. Sie muss Innovationen fördern, Technologiesprünge initiieren und mithelfen, dass Technologien schneller zur Anwendung und auf den Markt kommen. Sie muss die industrielle Struktur unserer Ökonomie auf die knapper werdenden Ressourcen einstellen. Sie muss die stoffliche Basis unserer Industrie in wichtigen Bereichen zunehmend auf nachwachsende Rohstoffe umstellen.

Der Staat kann und darf die Märkte nicht ersetzen und will keine konkreten Produkte vorgeben. Aber er kann als Pionier Leitmärkten entscheidende Impulse geben. Er muss industriepolitische Prioritäten setzen und sich in Partnerschaft mit der Wirtschaft und der Wissenschaft auf strategische Felder konzentrieren. Mit staatlicher Nachfrage, der Gestaltung des ordnungspolitischen Rahmens und ambitionierten Grenzwerten, die rechtzeitig und planungssicher angekündigt werden, löst die Politik gezielt Anreize aus. Strategische und ökologische Industriepolitik kann aber noch mehr leisten: Deutschland muss die Forschung leitmarktorientiert ausrichten und auf strategische Kernbereiche konzentrieren.

Wir Sozialdemokraten wollen den aktiven Staat, der nicht nur Rahmenbedingungen setzt, sondern seinen Teil dazu beiträgt, dass im Inland die Vorreitermärkte geschaffen werden, die wir brauchen, um auf den globalen Märkten von morgen optimal positioniert zu sein. Wir wollen über staatliche Beschaffungspolitik Anreize setzen, die ökologisch richtig und ökonomisch vernünftig sind. Wir wollen internationale Benchmarks zur Grundlage industriepolitischen Handelns machen. Wir wollen, dass die Politik dazu beiträgt, dass Exportpotenziale besser ausgeschöpft werden können und dass die Markteinführung innovativer Technologien beschleunigt wird. Eine Strategische und Ökologische Industriepolitik setzt auf eine sorgsam abgestimmte Wirtschafts-, Finanz- und Kapitalmarkt, Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungs-, Energie- und Umweltpolitik. Die Strategische und Ökologische Industriepolitik setzt nicht auf die Omnipotenz des Staates, sondern darauf, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diese Aufgabe zusammen annehmen und umsetzen. Weil wir dem Wirtschaftsstandort und Lebensmittelpunkt Deutschland eine langfristig gute Zukunft sichern wollen, stehen wir für einen „New Deal“ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung.

Zahlreiche Beispiele in West- und Ostdeutschland zeigen, dass es gelingen kann, mit einer strategischen und modernen Industriepolitik bestehende industrielle Kerne und regionale Wirtschaftscluster zu stärken bzw. auf Basis alter Stärken neue Stärken zu begründen. Dies setzt eine Konzentration der Kräfte und die Bereitschaft zu regionalen Partnerschaften und Kooperationen voraus. Regionale Cluster und Innovationsnetzwerke und die Stärkung komplexer Industrien, die auf Kooperation und Kommu-

nikation angewiesen sind, können auch eine Antwort auf die Globalisierung sein. Je bedeutsamer regionale Netzwerke und Wertschöpfungsketten sind, desto größer ist die Bindung von Unternehmen an regionale Standorte und entsprechend geringer ist auch die Möglichkeit der Produktionsverlagerung (oder die Androhung ebensolcher) in vermeintliche Niedriglohn- oder Niedrigsteuerländer.

Um die Politik des Bundes auf strategische Leitmärkte auszurichten und die wichtigen Politikfelder zu verzahnen, kommt die Einrichtung eines Industriekabinetts in Betracht.

#### **5.4 Die Potenziale im Dienstleistungssektor fördern und erschließen**

Deutschland geht die Arbeit nicht aus. Der Stellenwert von Dienstleistungen und von Dienstleistungsinnovationen wird immer noch unterschätzt. Die Potenziale sind hierzulande noch längst nicht ausgeschöpft. Technologischer Vorsprung allein reicht nicht aus, um Kundenwünsche nach individuellen Problemlösungen zu erfüllen. Gerade in der Integration von Produkten und Dienstleistungen liegen erhebliche Chancen. Hierfür müssen auch sektorale und traditionelle Grenzen überwunden werden. Der Staat unterstützt durch seine Forschungsförderung, z.B. im Bereich produktionsnaher Dienstleistungen die mittelständische Investitionsgüterindustrie und deren Zulieferer dabei, durch Innovation neue Wachstumschancen zu erschließen. Mit ihrer Hightech-Strategie setzt die Bundesregierung darüber hinaus den unter der rot-grünen Regierung begonnenen Weg fort, neue Impulse für eine schnellere Umsetzung von Forschungsergebnissen in Produkte, Dienstleistungen und Verfahren zu geben.

Die höchsten Beschäftigungspotenziale liegen jedoch in den qualifizierten personenbezogenen Dienstleistungen, etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit, und soziale Dienste. Hinzu kommen die einfachen Dienstleistungen, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen. Besonders hier können neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Dafür müssen überkommene Regulierungen, Marktzugangsschranken und Standes- und Sonderrechte beseitigt werden, die eine höhere Wachstumsdynamik der regionalen Wirtschaft abbremsen. Vor allem aber muss die Kostenfalle dieser nicht „globalisierten“ Dienstleistungen überwunden werden. Darum setzen wir uns für eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme ein, die vor allem eine Verringerung der Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich zur Folge haben muss. Mindestlöhne sollen nach unten absichern. Kombilöhne in begrenzten Bereichen können diese Bemühungen unterstützen.

Eine zweite staatliche Gestaltungsaufgabe besteht in der Formulierung und Umsetzung entsprechender verbindlicher Qualitätsstandards im Bereich der Betreuung, Erziehung und Bildung, Ernährung, Gesundheit und Pflege. Wir setzen uns deshalb für eine weitere Professionalisierung insbesondere sozialer Dienstleistungsarbeit ein. Die Erhöhung der Frauenerwerbsquote ist ein zentraler Hebel, um auch die private Nachfrage nach solchen Dienstleistungen zu erhöhen.

Aufgabe von Politik ist es, zu definieren, welche Dienstleistungen der Staat in Zukunft anbieten soll: Was sind öffentliche Kernaufgaben? Für welche Segmente lassen sich andere Lösungen denken und was ist aus dem internationalen Vergleich zu lernen? Diese Perspektive öffnet auch den Blick z.B. in der Gesundheitspolitik nicht mehr ausschließlich über die Kosten zu sprechen, sondern den Gesundheitsbereich angesichts steigender Lebenserwartung und wachsendem Gesundheitsbewusstsein größerer Bevölkerungsteile als Faktor für Fortschritt, Wachstum und Beschäftigung zu begreifen. All dies erzeugt einen wachsenden Bedarf insbesondere an personenbezogenen Dienstleistungen. Der Staat kann hier durch eigene Nachfrage oder intelligente Regulierung

als Pionier agieren und diesem Markt von morgen wichtige Anstöße geben. Gesundheitspolitik entwickelt unter dieser Perspektive eine wachstums- und eine strukturpolitische Dimension. Über Investitionen in die großen Technologieschwerpunkte und Infrastrukturen (so z.B. die Gesundheitskarte) und die Förderung dezentraler Dienstleistungs- und Patientennetzwerke können neue Wachstumsimpulse und regionale Entwicklungsperspektiven entstehen.

### ***5.5 Wissen und Qualifikation als die Produktivkräfte des 21. Jahrhunderts***

Mit dem Übergang von der Industriegesellschaft zur industriellen Dienstleistungsgesellschaft wird die Rolle qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und des Wissens weiter aufgewertet. Erfolgreiche Wertschöpfung hängt entscheidend von der Teilhabe und Investition in das qualifizierte Mitarbeiterpotential ab; beides stärkt die Innovationskraft und Arbeitsproduktivität und ist maßgeblicher Erfolgsfaktor einer wissensbasierten, hoch produktiven Wirtschaft. Menschliche Fähigkeiten und Fertigkeiten müssen stärker als bisher von Seiten der Unternehmen und Unternehmer im eigenen Interesse dauerhaft gefördert werden. Das gilt besonders für die berufliche Aus- und Weiterbildung. Wir müssen einem drohenden Mangel an Fachkräften vorbeugen. Vor allem brauchen wir in Deutschland mehr Naturwissenschaftler und Ingenieure.

Erfinderreichtum, gute Ideen und die Innovationen, die daraus entstehen, sind der wichtigste „Rohstoff“ unseres Landes. Sie sind Garanten unserer Arbeitsplätze, des wirtschaftlichen Wachstums und unseres Wohlstandes. Dieses geistige Eigentum müssen wir schützen, denn Produkt- und Markenpiraterie schädigt nicht nur unsere Wirtschaft und seine Innovationskraft, sondern gefährdet häufig auch die Verbraucher. Wir müssen auch international das Bewusstsein für Wert und Schutzbedürftigkeit des geistigen Eigentums schärfen und viele Staaten bei der Einhaltung und Umsetzung internationaler Verpflichtungen zum Schutz des geistigen Eigentums unterstützen.

Der Wandel Deutschlands von einer klassischen Industrie- zur industriellen Dienstleistungsgesellschaft hat den Aufstieg von Kreativ- und Wissensarbeitern hervorgebracht. Diese neue Generation von Arbeitnehmern und Selbständigen zeichnet sich insbesondere durch spezielle intellektuelle und kreative Fähigkeiten aus, mit denen sie durch neue Ideen, Inhalte, Konzepte und Technologien zu wirtschaftlichem Wachstum beitragen. Für Deutschland muss das Erfolgsrezept für mehr Innovation, Kreativität und Gewinn in der richtigen Kombination aus Technologie, Talent und Toleranz bestehen. Wir müssen in Deutschland eine Atmosphäre der Offenheit für neue Ideen und Einflüsse für Anders- und Gleichdenkende schaffen, in dem ein positiver Umgang mit unterschiedlichen Sichtweisen und Fähigkeiten herrscht. Kreative sind am erfolgreichsten in einem Milieu der Vielfalt unterschiedlicher Ethnien, Kulturen und Subkulturen, sowie Lebens- und Arbeitsformen, in denen ein hohes Maß an motivierendem Wissensaustausch stattfindet. Dieses Milieu setzt auch die Offenheit unserer Gesellschaft für Einwanderung voraus. Auch angesichts des demografischen Wandels brauchen wir Zuwanderung, nicht zuletzt von Hochqualifizierten.

### ***5.6 Wirtschaftliche Demokratie und soziale Teilhabe der Arbeitnehmer***

Mitbestimmung, Tarifautonomie und das Streikrecht sind unverzichtbare Elemente der sozialen Marktwirtschaft und Bausteine des europäischen Sozialmodells. Teilhabe und innerbetriebliche Demokratie sind nicht Hemmnisse, sondern Voraussetzungen für unternehmerischen Erfolg.

Die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an unternehmerischen Entscheidungen, an deren Umsetzung und am Erfolg des Unternehmens fördert die Leistungsbereitschaft und stärkt die Identifikation mit den Unternehmen. Erfolgreiche Konzerne und Unternehmen setzen auf Innovation und Motivation durch Teilhabe souveräner Arbeitnehmer auch an den ausländischen Standorten. Wir werden deswegen Regelungen schaffen, die eine Beteiligung dieser Beschäftigten und ihrer Repräsentanten im deutschen Aufsichtsrat ermöglichen.

Wir bedauern, dass es in der „Biedenkopf-Kommission“ bisher nicht gelungen ist, eine zukunftsweisende Weiterentwicklung der Mitbestimmung vorzunehmen. Wir werden die erarbeiteten Vorschläge prüfen und einen eigenen Beitrag in die Diskussion einbringen.

In einer zunehmend europäisierten Volkswirtschaft ist es unser gemeinsames Ziel, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung auf europäischer Ebene zu stärken und auszubauen. Starke Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung sind elementare Bestandteile eines spezifisch europäischen Wirtschaftsmodells und tragen zu Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerischem Erfolg bei. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass bei europäischen Gesetzgebungsakten, wie der geplanten Richtlinie zur Sitzverlagerung von Unternehmen, bestehende Mitbestimmungsregelungen, wie sie bei der Europäischen Aktiengesellschaft vereinbart worden sind, angewendet werden. Darüber hinaus ist eine Stärkung und Verbesserung der Arbeit der Europäischen Betriebsräte notwendig.

Mitarbeiterkapitalbeteiligungen als zusätzliche Säule des Einkommens fördern Innovation und Produktivität und gewährleisten eine gerechte Beteiligung der Beschäftigten am Unternehmenserfolg. Wir wollen Mitarbeiterbeteiligungsmodelle als Element der ökonomischen Teilhabe attraktiver machen. Die SPD wird hierzu Vorschläge machen.

Starke und verantwortungsvolle Gewerkschaften sind unverzichtbar für die wirtschaftliche Demokratie. Sie in erster Linie sorgen für demokratische Beteiligung im Wirtschaftsleben und für den sozialpartnerschaftlichen Ausgleich unterschiedlicher Interessen. Wir werden das bewährte System, in dem die Arbeitsbedingungen durch den Gesetzgeber, die Tarifvertragsparteien und Betriebs- und Personalräte gestaltet werden, aufrechterhalten. Dasselbe gilt für die uneingeschränkte Tarifautonomie und für die Rechte und den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Angriffe gegen sie sind abzuwehren und dort, wo es wegen größerer Sachnähe geboten erscheint, werden wir den Tarifvertragsparteien größere Gestaltungsmöglichkeiten einräumen.

### **5.7 Selbständigkeit und verantwortliches Unternehmertum**

Wir brauchen in Deutschland eine Kultur der Selbstständigkeit. Neue Arbeitsplätze entstehen auch und vor allem durch Menschen, die sich mit ihren Ideen dem Risiko aussetzen und neue Unternehmen gründen. Kreativität und Gründergeist sind unverzichtbare Produktivkräfte. Sie zeigen sich in einem lebendigen und innovativen Mittelstand in unserem Land. Wir wollen die Bedingungen für Unternehmensgründer sowie kleine und mittlere Unternehmen gerade in einem schärfer gewordenen Wettbewerbsumfeld verbessern.

Wir werden durch eine umfassende Mittelstandsoffensive Mittelstand und Handwerk nachhaltig stärken: Durch weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für unsere mittelständische Wirtschaft besonders bei der Eigenkapitalfinanzierung werden wir nachhaltig beschäftigungsintensive Wachstumsimpulse setzen. Gleichzeitig werden wir die bewährte Mittelstandsförderung besonders der Kreditanstalt für Wiederaufbau mit Blick auf innovative Finanzierungsinstrumente weiter ausbauen. Wir stärken ebenfalls die regionale Vernetzung mittelständischer Unternehmen untereinander sowie mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen und verbessern damit ihre Wettbewerbsfähigkeit und Innovativkraft.

Nach unserem Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft bedarf es einer Unternehmenskultur, die unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung verbindet. Im Ordnungssystem der sozialen Marktwirtschaft muss er immer auch die gesellschaftlichen Auswirkungen seiner Entscheidungen und seines Handelns berücksichtigen. Manager, die trotz Rekordgewinnen Massenentlassungen vornehmen oder deren Gehälter steigen, während sie den Beschäftigten Opfer abverlangen, schaden dem Ansehen der sozialen Marktwirtschaft. Wie Umfragen zeigen, schürt dies die Gefahr einer Akzeptanzkrise, die über unsere Wirtschaftsordnung hinauszureichen droht.

Doch es gibt in Deutschland eine Kultur der sozialen und moralischen Verantwortung von Unternehmen und Unternehmern. Sie beweisen eindrucksvoll, dass unternehmerischer Erfolg und ethisch verantwortliches unternehmerisches Handeln keine Gegensätze sind, sondern sich im Gegenteil zum Wohle des Unternehmens und der Belegschaft bestens ergänzen können. Nur jene Unternehmen und jene unternehmenden Unternehmer tragen zum Erfolg und zur Stabilität der sozialen Marktwirtschaft bei, die ihrer Verantwortung für Belegschaft und Region - trotz schwieriger wirtschaftlicher Situation - im Sinne der sozialen Marktwirtschaft nachkommen und durch kluge Strategien Wachstum erzielen und Arbeitsplätze an deutschen Standorten erhalten oder sogar neu schaffen.

Mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex haben Politik und Wirtschaft das Leitbild des „ehrbaren Kaufmanns“ für die Epoche der Globalisierung neu definiert und Regeln für ein verantwortungsbewusstes Wirtschaften formuliert. Transparenz etwa über Management-Entscheidungen oder die Vergütung von Mitgliedern der Unternehmensleitung sind hier die wichtigsten Voraussetzungen für eine neue Unternehmens- und Wirtschaftskultur in Deutschland, die das Vertrauen der Anleger gewinnen kann, globalisierungstauglich ist und international Vorbildfunktion hat.

Ein sozial verantwortlicher, ein unternehmender Unternehmer, führt den Dialog mit den Beschäftigten und unterstützt Mitbestimmung und Tarifautonomie. Er erkennt seine soziale Verantwortung für Beschäftigung und Ausbildung an. Er berücksichtigt dabei Unternehmensinteressen ebenso wie die Belange der Mitarbeiter, des Standorts und der Gesellschaft insgesamt. Ein solcher Unternehmer nimmt seine Verantwortung gegenüber Verbrauchern und zukünftigen Generationen wahr. Dieses Verantwortungsbewusstsein muss sich auch in seinen Produkten oder Dienstleistungen niederschlagen. Wir unterstützen Corporate Social Responsibility (CSR) als ein eigeninitiatives Konzept gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen, das die Aspekte der Nachhaltigkeit aufnimmt und sich auf die drei Säulen Wirtschaft, Soziales und Umwelt stützt. CSR-Initiativen sind Beiträge, die Unternehmen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit für eine zukunftsfähige Gesellschaft leisten. Der Erfolg eines Unternehmens muss sich auch daran messen lassen, inwieweit es ihm gelingt, dass seine Produkte und Leistungen einschließlich ihrer jeweiligen Produktionsprozesse von der Gesellschaft insgesamt akzeptiert werden.

### **5.8 Kapital- und Finanzmärkte: Chancen nutzen, Risiken kontrollieren**

Die deutsche Finanzdienstleistungsbranche ist einer der größten Arbeitgeber in Deutschland. Ein stabiler und gut funktionierender Finanzmarkt mit seiner hohen Wachstumsdynamik und besonders hohen Wertschöpfung stellt eine große und wachsende Anzahl an hoch qualifizierten und gut bezahlten Arbeitsplätzen zur Verfügung. Wir wollen die Chancen und Potenziale der Güter- und Kapitalmärkte für dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum, breiten Wohlstand und Beschäftigung nutzen. Besonders wichtig ist es, gerade jungen, innovativen Unternehmen besseren Zugang zu Wagniskapital zu verschaffen.

Die jüngere Entwicklung auf den Kapital- und Finanzmärkten erfordert eine differenzierte Betrachtung. Dort, wo die Finanzmärkte unrealistische und kurzfristige Renditeerwartungen formulieren oder auf ausschließlich spekulative Geschäfte setzen, können die Grundlagen einer Sozialen Marktwirtschaft zerstört und langfristige Wachstumsstrategien von Unternehmen gefährdet werden. Die Diskussion, wie die Werte und Ziele einer Sozialen Marktwirtschaft mit den Spielregeln globaler Finanzmärkte in Einklang gebracht werden können, befindet sich noch am Anfang. Einfache Antworten sind nicht möglich. Die SPD wird diese Diskussion weiterführen und Vorschläge für die internationale aber auch die nationale Ebene erarbeiten. Wirtschafts- und Finanzpolitik sind ebenso gefragt wie die Tarifpolitik und die Mitbestimmung. Mit Hilfe des Aktienrechts wollen wir zudem Anleger stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges Engagement im Blick haben.

Mit der zunehmenden Vernetzung internationaler Güter- und Finanzmärkte kommt der Regulierung und Sicherung stabiler Finanzmärkte eine besondere Bedeutung zu: Stabile nationale und internationale Finanzmärkte sind ein wichtiges öffentliches Gut und unverzichtbarer Bestandteil einer modernen, global integrierten Volkswirtschaft. Diese Entwicklung mit dem Ziel eines stabilen Finanzmarktes wollen wir in Kooperation mit anderen Staaten und internationalen Institutionen dort fördern, wo sie Chancen für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung bietet, und dort durch eine wirksame Aufsicht regulieren, wo unkalkulierbare Risiken vorhanden sind oder sich volkswirtschaftlich schädliche Fehlentwicklungen der Globalisierung abzeichnen, die die Stabilität des Finanzsystems gefährden.

Der Finanzplatz Deutschland muss im Hinblick auf alternative Investmentformen für institutionelle Anleger wie Versicherungen und Pensionsfonds attraktiver werden. Zu einem leistungsfähigen Finanzstandort gehört eine aktive Private-Equity-Branche. Finanzinvestoren legen inzwischen jährlich rund 30 Milliarden Euro in Deutschland an. Die mit diesem Geld finanzierten Unternehmen bieten über 800.000 Arbeitsplätze. Die Bedeutung von Private Equity in den kommenden Jahren wird sowohl für den Mittelstand als auch für große Unternehmensübernahmen noch erheblich zunehmen. Wir werden deshalb vernünftige Rahmenbedingungen für die deutsche Private-Equity-Branche auf den Weg bringen. Wir werden zudem die Wettbewerbsfähigkeit bereits regulierter deutscher Hedge Fonds verbessern. Allerdings werden wir sehr darauf achten, dass Hedge Fonds auf den Märkten nicht nur spekulative Strategien verfolgen, sondern ihre Kontrollfunktion wahrnehmen. Wir werden prüfen, ob zur Verpflichtung von Private-Equity-Unternehmen und Hedge-Fonds auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft weitere Regulierungen erforderlich sind.

Für den Mittelstand spielen kleinere Banken und die Sparkassen eine entscheidende Rolle: Sie kennen die Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten, sie kennen – anders als die meisten kleinen Betriebe – die gesamte Angebotspalette der Fördermöglichkeiten, bieten diese Förderprogramme im Gegensatz zu vielen Großbanken auch aktiv an und haben zudem meist eine partnerschaftliche Beziehung zu den Unternehmen der jeweiligen Region. Demzufolge sind nicht zuletzt auch die internationalen Finanzmärkte auf nationale Regelungen, auf nationale Strukturen angewiesen. Zahlreiche Banken in Deutschland und vor allem die Sparkassen leisten, insbesondere durch ihre langfristig orientierte Unternehmensfinanzierung und ihre Orientierung am Gemeinwohl, dabei einen wichtigen Beitrag zur positiven Weiterentwicklung unserer international hoch anerkannten Wettbewerbsfähigkeit. Daher wollen wir – im Sinne auch der internationalen Ausrichtung unserer Wirtschaft – am bestehenden System festhalten.

### **5.9 Faire Regeln für einen fairen Wettbewerb**

Staat und Wirtschaft stehen in einer sozialen Marktwirtschaft in der gemeinsamen Verantwortung für ein nachhaltiges und stabiles Wachstum. Aber Märkte brauchen faire Regeln, damit sie funktionieren. Diesen ordnungsrechtlichen Rahmen kann nur der Staat setzen. Er muss mit seinem Recht und seinen Institutionen dazu beitragen, dass sich unternehmerisches Handeln auch unter den Bedingungen der Globalisierung optimal entfalten kann und Deutschland für Investoren attraktiv bleibt.

Ein modernes Wirtschaftsrecht muss Unternehmensgründungen erleichtern und gemeinschädliches Wirtschaften verhindern. Dafür brauchen wir zeitgemäße Normen und eine leistungsfähige Justiz, die sie anwendet und für ihre Einhaltung sorgt. Durch eine Reform des Gesellschaftsrechts soll die Gründung einer GmbH künftig einfacher und schneller werden. Schließlich sollen Existenzgründer ihre unternehmerische Energie in ihr Unternehmen investieren und nicht in Bürokratie und Formalitäten. Das Recht muss aber auch vor Missbräuchen schützen, denn schon eine schlechte Zahlungsmoral kann für Mittelständler existenzbedrohend sein. Die Liberalisierung der Märkte, wachsende Konkurrenz und zunehmender Kostendruck haben in vielen Branchen das Klima rauer gemacht. Trotzdem darf der „ehrbare Kaufmann“ am Ende nicht der dumme sein. Recht und Justiz müssen deshalb für die Sicherung und die schnelle Durchsetzung von Forderungen sorgen, denn wenn es um offene Rechnungen geht, bedeutet für viele Unternehmen: Gutes Recht ist vor allem schnelles Recht.

Funktionierende Märkte leben auch vom wechselseitigen Vertrauen der Akteure. Auf dem Kapitalmarkt haben spektakuläre Firmenpleiten durch Missmanagement und Betrug weltweit für Aufsehen gesorgt. Das Recht muss hier für den Schutz der Anleger sorgen und strukturelle Ungleichheiten, etwa der Informationen, beseitigen. Der Deutsche Corporate Governance Kodex tut dies. Er liegt daher im Interesse der Anleger und stärkt die Attraktivität des deutschen Kapitalmarktes.

Damit die Mechanismen des Marktes funktionieren können, brauchen wir auch eine effiziente Wettbewerbspolitik. Sie muss die Entstehung und Konzentration übermäßiger wirtschaftlicher Macht, die sich gesellschaftlicher Kontrolle entziehen kann, verhindern. Die Politik muss zudem Verbraucherinnen und Verbraucher durch Informationsrechte und Transparenzregeln stärken, damit sie von der Nachfrageseite zum Funktionieren des Marktes beitragen können. Wo der Markt wegen der strukturellen Ungleichheit der Akteure selbst keinen fairen Interessenausgleich erzielen kann, muss staatliches Recht eingreifen, zum Beispiel zu Gunsten von Fahrgästen im Bahnverkehr. Dabei müssen

wir stets auf der Höhe der Zeit sein. Deshalb wollen wir etwa Abmahnkosten für geringfügige Verstöße gegen Urheberrechte begrenzen, damit im digitalen Internet-Zeitalter nicht aus Recht Unrecht wird.

Ein Recht, das für einen fairen Ausgleich der Interessen sorgt, Gesetze, die auf die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens zugeschnitten sind und eine Justiz, die unabhängig aber zügig entscheidet – das sind Faktoren, die das Recht zu einem ökonomischen Standortvorteil und zum Garanten der sozialen Marktwirtschaft machen.

### **5.10 Internationaler Ordnungsrahmen**

Fairer Wettbewerb lässt sich im 21. Jahrhundert nur im Rahmen einer Welthandelsordnung und einer entsprechenden ordnungspolitischen Gestaltung der europäischen Integration durchsetzen. Die Werte und Ziele der Sozialen Marktwirtschaft sind auch auf internationaler Ebene Richtschnur unseres Handelns. Wir brauchen dabei Regeln für den internationalen Handel und internationale soziale Standards, die so gestaltet sein müssen, dass sich Wettbewerb bei Innovationen entfaltet, nicht aber zu Lasten der sozialen Sicherung oder der Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung geht.

Ein Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 muss die Schaffung eines fairen Standortwettbewerbs in Europa sein. Ein Wettlauf um die niedrigsten Sozialstandards oder Steuern darf es nicht weiter geben. Die EU-Mitgliedstaaten müssen finanziell handlungsfähig sein, um öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge auf hohem Niveau für alle Menschen bereitstellen und diese als Standortvorteil im globalen Wettbewerb nutzen zu können. Zugleich muss künftig sicher gestellt sein, dass die europäische Gesetzgebung auf ihre sozialen Folgen für die Menschen überprüft wird. Deshalb treten wir dafür ein, dass soziale Folgenabschätzungen auf europäischer Ebene verbindlich gemacht werden. Dies ist ein wichtiger Aspekt, um die soziale Dimension des europäischen Einigungsprozesses zu stärken. Um das Vertrauen der Menschen in Europa zu stärken, brauchen wir in Ergänzung zur Europäischen Verfassung einen Vertrag zur sozialen Sicherheit in Europa, der konkret dem Lohn-, Sozial- und Steuerdumping in Europa entgegenwirkt.

Im Rahmen der G8-Präsidentschaft streben wir Fortschritte zur sozial gerechten Gestaltung der Globalisierung an: Ein hervorgehobener Schwerpunkt muss hier ein verstärkter Dialog über die Agenda zu menschenwürdiger Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), insbesondere über die ILO-Kernarbeitsnormen, sein. Zur effektiven internationalen Durchsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen muss die ILO mit einem wirksamen Sanktionsmechanismus sowie einer praktikablen Streitschlichtungsgerichtsbarkeit ausgestattet werden. Wir setzen uns parallel auf nationaler und internationaler Ebene für die transparente Kennzeichnung von Gütern und Dienstleistungen ein, die unter nachweisbarer Beachtung internationaler Arbeitsschutzregeln und der Kernarbeitsnormen produziert und angeboten werden.

Damit die Globalisierungsprozesse durch politisches Handeln effizienter als bislang gestaltet werden können, gilt es darüber hinaus, verbesserte Regelwerke für das Funktionieren der internationalen Finanzmärkte zur Erhöhung von Stabilität und Transparenz durchzusetzen.

Zum Ausbau und zur Absicherung der bislang glänzenden Position Deutschlands auf den Weltmärkten befürworten wir eine integrierte Außenwirtschaftsstrategie. Kernele-



mente sind dabei die Weiterentwicklung des multilateralen Handelssystems und der Welthandelsorganisation (WTO), Abschlüsse vorlaufender WTO-konformer bilateraler Handelsvereinbarungen, nachhaltige Absicherung der deutschen Energie- und Rohstoffversorgung sowie die effektive Durchsetzung des Schutzes geistigen Eigentums.

Mit ihrer Verankerung in Handelsverträgen und in Regeln für internationale Investoren muss der Weltwirtschaft ein sozialer Rahmen gesetzt werden. Auch internationale Rahmenvereinbarungen, mit denen sich global tätige Unternehmen gegenüber ihren Beschäftigten auf die weltweite Einhaltung grundlegender Sozialnormen verpflichten, sind dafür ein passendes Instrument. Sie sind auch eine Chance für den sozialen Dialog auf der globalen Ebene und die gemeinsame Gestaltung von Prozessen, die eine gute Zukunft für alle in der Globalisierung möglich machen können.

Wir Sozialdemokraten wissen: Wirtschaft muss den Menschen dienen - nicht umgekehrt. Deshalb stehen wir für eine Wirtschaftsweise die Leistungswettbewerb *und* sozialen Schutz, individuelle Freiheit *und* gesellschaftliche Verantwortung, Selbstinteresse *und* Marktkontrolle verbindet.

#### **Autorinnen und Autoren:**

**Kurt Beck**, Parteivorsitzender der SPD

**Garrelt Duin**, SPD-Landesvorsitzender Niedersachsen, Leiter der Projektgruppe Moderne Industriepolitik des SPD-Parteivorstands

**Sigmar Gabriel**, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

**Hubertus Heil**, Generalsekretär der SPD

**Heiko Maas**, SPD-Landesvorsitzender Saarland, Leiter der Projektgruppe Moderne Industriepolitik des SPD-Parteivorstands

**Andrea Nahles**, SPD-Parteivorstand

**Peer Steinbrück**, stv. Parteivorsitzender der SPD, Bundesminister der Finanzen

**Ludwig Stiegler**, stv. SPD-Fraktionsvorsitzender

**Brigitte Zypries**, Bundesministerin der Justiz